

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 6 (1980)
Heft: 3

Artikel: Familienpolitik in der Schweiz
Autor: Flühmann, Ruth
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-359234>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

60 – 80 Leute aus der Frauenbewegung und der Linken trafen sich am Wochenende vom 22./23.2. zu einer gemeinsamen, an einer Konferenz der Unterstützungskomitees der MSV-Initiative beschlossenen Tagung, um über die gegenwärtige Familienpolitik und diesbezügliche Perspektiven zu diskutieren.

Das Programm sah ein Referat über allgemeine familienpolitische Entwicklungen, Gruppendiskussionen zu den Themen "Sozialversicherungen", "Gleiche Rechte" und "Gewalt, Sexualität, Hausarbeit", sowie ein Podiumsgespräch mit Vertreterinnen von FBB/RF, FKM, RML und SP am Samstag, und Weiterführen der Gruppendiskussionen zum Ausarbeiten von Strategien am Sonntag vor. Ich werde mich im folgenden darauf beschränken, über die Gruppe "Gewalt, Sexualität, Hausarbeit" zu berichten.

Familienpolitik in der Schweiz

Zuerst wurden nochmals die wichtigsten Punkte vom Vortag wiederholt: dass ein riesiger Teil der Unterdrückung der Frau im privaten Rahmen der Familie stattfindet, und dass es somit darum geht, diesen ganzen Bereich an die Öffentlichkeit zu ziehen. Bei den meisten Frauen sei zwar ein grosses Bedürfnis da, sich zu äussern, doch bekämen sie Angst, sobald es um Veränderungen gehe. Nachdem wir nochmals schnell auf den Streik als untaugliches Mittel, da kein gemeinsamer Arbeitgeber da ist, zurückgekommen waren, tauchten nun viele Vorschläge für kleine spontihafte Aktionen auf: einen Waschtrog vor die Kaserne zu stellen und Ähnliches; überall, wo man Angst habe, dies hinzuschreiben oder zu sprayen oder zu kleben, aber auch als Abgeordnete in Männergremien immer wieder auf häusliche Probleme zu sprechen zu kommen (wer hat eigentlich eure Hemden gewaschen?). Dabei wurde bemerkt, dass solche Aktionen zwar oft lustig und spektakulär sind, sich aber bald wieder im Sand verlaufen, und selten direkt etwas bewirken (Ausnahme Globus-Schaufenster in Basel). Da tauchte der Vorschlag auf, eine Koordination für solche Aktionen zu gründen, um ihnen mehr Gewicht, Kontinuität und Stossrichtung zu verleihen. Sofort verfassten wir einen Brief, um unser Projekt möglichst bekannt zu machen und am Wochenende vom 22./23.3. zur Vorbereitung der Gewaltkampagne werden die ersten konkreten Schritte unternommen werden.

Mit einem Plenum, wo die einzelnen Gruppen ihre Ideen vorstellten (die Gruppe "Gleiche Rechte" plant eine

grössere gemeinsame Veranstaltung in der Art eines Tribunals, wo Frauen ganz konkret ihre selbst erfahrenen Diskriminierungen anprangern), und einer nicht enden wollenden Diskussion der Resolution wurde die Tagung abgeschlossen.

Für mich ist sie ein voller Erfolg gewesen. Sowohl für mich persönlich (ich fühle mich stärker, habe weniger Angst), als auch für meine Tätigkeit in der Ofra (Kampagne "Gleiche Rechte") habe ich viel profitiert. Deshalb kann ich nicht verstehen, weshalb so wenig bzw. keine anderen Ofra-Frauen an der Tagung teilgenommen haben. Sowohl in den Gruppendiskussionen wie auch auf dem Podium war die Ofra nicht vertreten. Warum? Hat die Ofra keine Zeit und/oder Interesse, da sie voll mit ihrer eigenen Kampagne beschäftigt ist? Mir ist das unbegreiflich, bot doch diese Tagung einmal die Gelegenheit, sich ausführlich mit dem Problemkreis "Gleiche Rechte" auseinanderzusetzen, eine oft vernachlässigte, aber unabdingbare Voraussetzung, um sich in Aktionen stürzen zu können. Ausserdem ist es doch gerade bei einer so breiten Kampagne nötig, sie mit anderen Organisationen zu diskutieren, um sich nicht zu konkurrenzieren und um eventuell gemeinsame Veranstaltungen zu planen.

Ruth Flühmann

Am Wochenende vom 23./24. Februar haben ca. 80 Personen aus der Frauenbewegung und der Linken über Probleme diskutiert, die mit der Familienpolitik im Zusammenhang stehen. Zu zwei besonders aktuellen Fragen nehmen die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer direkt Stellung:

RESOLUTION

Die Volksinitiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau" stellt die Aufhebung der rechtlichen Diskriminierung der Frauen auf allen Ebenen zur Diskussion. Sie gibt uns Gelegenheit, die heutige Lage der Frauen konkret aufzuzeigen und Ansätze zu deren Verbesserung zu diskutieren.

Dass der Bundesrat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet hat und den Rückzug der Initiative erzwingen will, ist ein "Schlag ins Gesicht der Frauen" (Tagesanzeiger). Im Vergleich zur Initiative glänzt der Gegenvorschlag

durch seine Unverbindlichkeit: Nicht nur fehlt eine Frist zur rechtlichen Verwirklichung; es bleibt sogar unklar, ob bei Lohndiskriminierung eine Klage gegen private Arbeitgeber möglich ist. Umso mehr erstaunt es, dass nun die tragenden Kräfte der Initiative mit z.T. erklärten Gegnern der Initiative eine "Arbeitsgemeinschaft" eingegangen sind. Diese Arbeitsgemeinschaft verteidigt nicht die Initiative, sondern tritt vage für die verfassungsmässige Verankerung von "Prinzipien" der Gleichberechtigung ein. – Ist damit der Weg zum Rückzug der Initiative bereits klar eingeschlagen?

Die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer fordern das Parlament auf, keinen Gegenvorschlag zu verabschieden. Durch diese Taktik wird die Volksinitiative als politisches Mittel lächerlich gemacht. Ausserdem wird die nötige und mögliche Diskussion über die Situation der Frauen von Auseinandersetzungen über Verfahrensfragen überdeckt.